

Inhaltsverzeichnis.

Verzeichnis der Abkürzungen	Seite X
---------------------------------------	------------

Erste Abteilung.

Angelegenheiten der Kommunalverbände.

I. Provinzialverbände.

A. Grundlagen der Provinzialverfassung.	
1. Veränderung der Provinzialgrenzen	4
2. Dotationsangelegenheiten	4
B. Vertretung und Verwaltung der Provinzialverbände.	
1. Der Provinziallandtag.	
a) Wählbarkeit	6
b) Wahlverfahren und Rechtsmittel	6
2. Der Provinzialausschuß; Beanstandung seiner Beschlüsse	9
3. Provinzialbeamte	10
C. Provinzialabgaben	10
D. Gesetzliche Leistungen der Provinzialverbände; Zwangs- etatifizierung	17

II. Kreise.

A. Auseinanderetzung bei Veränderung der Kreisgrenzen und Bildung neuer Kreise.	
1. Im Allgemeinen	19
2. Bei Zusammenlegung händelverföhrer Amtsbezirke	24
3. Bei Bildung von Stadtkreisen	25
B. Rechte und Pflichten der Kreisangehörigen.	
1. Verpflichtung zur Annahme unbesoldeter Ämter in der Kreisver- waltung	29
2. Verpflichtung zu Kreisabgaben.	
a) Begriff der Kreisabgaben	81
b) Verteilung der Kreisabgaben	85
c) Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile	40
d) Allgemeine Veranlagungsgrundsätze	48
e) Doppelbesteuerung	56
f) Abgabepflicht der Forenfen	64
g) Abgabepflicht der juristischen Personen.	
a) Der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	68
b) Der Berggewerkschaften	78
c) Der eingetragenen Genossenschaften	75
d) Der Gesellschaften mit beschränkter Haftung	75
e) Kommunalverbände und sonstige juristische Personen	77
f) Des Fiskus	85
h) Befreiungen von der Abgabepflicht	
a) Dingliche Befreiungen	87
b) Persönliche Befreiungen	100
i) Ermäßigung infolge Verlustes einzelner Einnahmequellen	102

	Seite
k) Kreishundsteuer	102
l) Ausschreibung und Erhebung	103
m) Ab- und Zugänge; Nachforderung von Kreisabgaben	110
n) Rechtsmittel	116
C. Landrat und Kreisdeputierte	122
D. Der Kreisauschuß; Zusammensetzung und Beschlüsse	123
E. Der Kreistag.	
1. Verteilung der Abgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände	127
2. Aktives Wahlrecht.	
a) Im Wahlverbände der größeren ländlichen Grundbesitzer	133
b) Im Wahlverbände der Landgemeinden	140
c) Im Wahlverbände der Städte	142
3. Wählbarkeit zum Wahlmann und Kreistagsabgeordneten	143
4. Wahlverfahren.	
a) Allgemeines	147
b) Legitimationsprüfung	151
c) Rechtsmittel	155
5. Kreistagsbeschlüsse	158
F. Kreis-kommunalbeamte	163
G. Zwangsetatistierungen	164
III. Amtsbezirke in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schleßen, Sachsen und Schleswig-Holstein.	
A. Bildung der Amtsbezirke	171
B. Organe der Amtsbezirke und ihre Befugnisse.	
1. Amtsvorsteher	178
2. Amtsausschuß	180
C. Die Kosten der Amtsverwaltung	181
IV. Ämter in Westfalen.	
A. Bezirk und Organe	199
B. Kosten der Amtsverwaltung	200
V. Landbürgermeistereien in der Rheinprovinz	203
VI. Armenverbände.	
A. Landarmenverbände	207
B. Ortsarmenverbände.	
1. Begriff und Pflichten der Ortsarmenverbände	209
2. Armenpflege in Gutsbezirken gem. § 8 des AGUW. v. 8. März 1871	212
3. Gesamtarmenverbände	213
4. Beihilfen der Kreise an die Ortsarmenverbände	215
C. Einschreiten der Polizeibehörden gegen Armenverbände	218
VII. Stadtgemeinden.	
A. Begriff und Umfang der Stadtbezirke; Bezirksveränderungen	222
B. Ortsrecht; Bürgerrecht; Bürgerrechtsgeld	226
C. Stadtverordnetenversammlung.	
1. Wahlangelegenheiten.	
a) Aktives Wahlrecht	239
b) Wählbarkeit	244
c) Wahlverfahren.	
α) Allgemeine Grundsätze	252
β) Aufstellung der Wählerliste und Bildung der Wählerabteilungen	258
γ) Wahlhandlung	268
δ) Rechtsmittel	282
2. Amtsgeschäfte	287

	Seite
D. Bürgermeister; Magistrat; städtische Deputationen	297
E. Gemeindebeamte	303
F. Gemeindefolungen und Gemeindefanftalten	312
G. Gemeindefaufhalt und Zwangfetatifierung.	
1. Die Koften der Polizeiverwaltung	319
2. Berechnung def Beitragsfapef der Gemeindefn in Stäbten mit Kgl. Polizeiverwaltung auf Grund def Gefefef vom 20. April 1892	345
VIII. Landgemeindefn und Gutfbezirke.	
A. Rechtlithe Stellung und kommunale Eigenfchaft der Landgemeindefn und Gutfbezirke.	
1. Kommunale Eigenfchaft, Entftehung und Aenderung der Landgemeindefn	362
2. Kommunale Eigenfchaft, Entftehung und Aenderung der Gutfbezirke	378
3. Kommunale Eigenfchaft von Trennfübfen einef Gutfbezirkef, von ehemaligen Bauerfteilen und Landabfindungen	407
4. Kommunale Zugehörigkeit der Kirchen- und Pfarrländereten, der Dorfauen, öffentlithen Flüffe, Gewäffer, Land- und Heerftraffen	412
5. Auseinanderfetzungen zwifchen den Beteiligten	417
B. Gemeindefverbände; Hebammenbezirke	440
C. Gemeindefrecht und Gemeindefwahlen.	
1. Aktivef Wahlrecht und Wählbarkeit.	
a) Allgemeine Grundfäße; Rechtfprechung für daf Rechtsgebiet der Landgemeindefordnung vom 3. Juli 1891	444
b) Provinzialrechte	
a) In Weftfalen	453
ß) In der Rheinprovinz	456
γ) In Hannover	461
δ) In Heffen-Naffau	461
ε) In Schlefwig-Holftein	463
2. Wahlverfahren.	
a) Allgemeine Grundfäße; Rechtfprechung für die Rechtsgebiete der Landgemeindefordnung vom 3. Juli 1891 und der Schlefwig-Holfteinifchen Landgemeindefordnung vom 4. Juli 1892	464
b) Provinzialrechte	
a) In Weftfalen	474
ß) In der Rheinprovinz	477
γ) In Heffen-Naffau	478
3. Rechtfmittel	479
D. Gemeindef- und Gutfvorfteher	488
E. Gemeindefbeamte	496
F. Gefchäfte der Gemeindefverfammling (Gemeindefvertretung, Gemeindeferat)	499
G. Gemeindefvermögen und Gemeindefgliedervermögen; Teilnahme an den Gemeindefnutzungen; gemeindefchaftliche An gelegenheiten	505
H. Gemeindefaufhalt; Zwangfetatifierung	520

Zweite Abtheilung.

Kultuf, Schule, Perfonenftand und Staatsangehörigkeit.

I. Die evangelifche Kirche.

A. Staatsauflicht über daf Kirchenvermögen und allgemeines	537
B. Gefefliche Leitungen der evangelifchen Kirchengemeindefn und ihre Zwangfetatifierung	544

	Seite
C. Umlagen für kirchliche Zwecke	561
D. Verpflichtungen der bürgerlichen Gemeinden	562
II. Die katholische Kirche	568
III. Die Synagogengemeinden	566
IV. Schulangelegenheiten.	
A. Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer.	
1. Allgemeines	572
2. Einkommen und Hinterbliebenenversorgung.	
a) Feststellung des Einkommens; Genußzettel; Befolgungsregulative; Einkommensnachweisungen usw.	575
b) Naturalbezüge (Feststellung des Geldwertes oder Ertrages); Dienstwohnung und Mietenschädigung	581
c) Alterszulagen; Aufbringung der Kassenbeiträge	592
d) Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge; Aufbringung der Bei- träge	598
B. Der Schulvorstand	599
C. Die Schule.	
1. Der Begriff „Volksschule“	611
2. Der Schulbezirk; Schulgemeinde, Schulsozietät; Ein- und Um- schulungen	614
3. Schulordnung und Schulpflicht; Aufsicht über den Privatunterricht	622
4. Unterrichts- und Lehrgegenstände	626
5. Schulgeld; Staatsbeiträge	627
D. Die Schulunterhaltung.	
1. Feststellung von Anforderungen auf Grund des Gesetzes vom 26. Mai 1887	682
2. Begriff und Umfang der Schulbaulast	644
3. Die Schulunterhaltungspflichtigen.	
a) Uebernahme der Schullasten auf die politischen Gemeinden	649
b) Sonstige Träger der Schullasten.	
α) Im Geltungsgebiete des Allgemeinen Landrechts.	
aa) Abgaben und Leistungen mit Ausnahme der Schulbaulast.	
αα) Begriff und Beitragspflicht der Hausväter	660
ββ) Begriff und Beitragspflicht der Gutsherrn (Mitterguts- besitzer)	688
bb) Die Schulbaupflichtigen.	
αα) Bei gewöhnlichen Volksschulen	689
ββ) Bei Schul- und Küsterhäusern insbesondere	710
β) Im Geltungsgebiete der Preussischen Schulordnung vom 11. Dezember 1845.	
aa) Unterhaltung der Elementarschulen im allgemeinen (§§ 38—42, 48 das.)	781
bb) Die Leistungen der Gutsherrn.	
αα) Lieferung von Brennmaterial	786
ββ) Bauverpflichtungen	754
γγ) Kulmischer Schulmorgen	759
cc) Die Leistungen der Grundherren (Anwohner auf gutsherr- lichem Lande) — §§ 55—65 der PrSchulO. v. 11. XII. 45	761
γ) In der Provinz Pommern	770
δ) In der Provinz Schlesien.	
aa) Katholische Volksschulen.	
αα) Allgemeines; Unterhaltung der Lehrer	776
ββ) Bauverpflichtungen; Lieferung von Brennmaterial	796
bb) Evangelische Volksschulen	806
cc) Insbesondere die Dörfer gemischter Religion	818
ε) In den vormals Kgl. Sächsischen Landesteilen der Provinz Sachsen	816

	Seite
5) In den linksrheinischen Gebietsteilen	819
7) In der vormaligen Grafschaft Bied-Neuwied	821
9) In der Provinz Schleswig-Holstein	821
6) In der Provinz Hannover	824
2) In Kurhessen	842
1) In den vormalig Rgl. Bayerischen Gebietsteilen	858
4. Die Heranziehung zur Schulunterhaltung und die Rechtsmittel da- gegen.	
a) Allgemeine Grundsätze; Ausschreibung und Einziehung	858
b) Beschlussfassung der Schulaufsichtsbehörde gemäß § 47 Abs. 1 RuftG.	862
c) Einspruch und Beschwerde gemäß § 46 RuftG.	873
d) Verwaltungsstreitverfahren.	
α) Nach § 46 RuftG.	875
β) Nach § 47 RuftG.	894
V. Personenstand und Staatsangehörigkeit.	
A. Personenstand	920
B. Staatsangehörigkeit.	
1. Erwerb und Verlust	921
2. Wiederverleihung verlorener Staatsangehörigkeit	926
3. Landesverweisung von Ausländern	880
Reitfolgeverzeichnis der Entscheidungen } für Band 1 und 2 {	982
Sachverzeichnis	1008
Berichtigungen	1145